



Antrags-Nr. (soweit bekannt)

Anlage einzureichen bei der

Niedersächsische Landesbehörde
für Straßenbau und Verkehr
Dezernat 14
Göttinger Chaussee 76 A
30453 Hannover

Erklärung des Antragstellers zur Umsatzsteuer

Anlage zum Antrag zur Mittelanforderung

Name Förderprogramm / Projekttitle

1. Antragsteller / Antragstellerin	
Name des Unternehmens	Rechtsform
Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort, Ortsteil	
Steuernummer	Zuständiges Finanzamt
Auskunft erteilt (Name, Vorname) <input type="checkbox"/> Herr <input type="checkbox"/> Frau	Telefon
E-Mail	Mobil

2. Erklärung
<p>Ich erkläre / Wir erklären, zum Vorsteuerabzug gem. § 15 des Umsatzsteuergesetzes (UstG)</p> <p><input type="checkbox"/> berechtigt zu sein</p> <p><input type="checkbox"/> nicht berechtigt zu sein</p> <p><input type="checkbox"/> teilweise berechtigt zu sein *</p>

Erklärung zur Umsatzsteuer
Stand: Juli 2019



* Im Fall der teilweisen Vorsteuerabzugsberechtigung ist hier eine klare Abgrenzung der zum Vorsteuerabzug berechtigenden und nicht berechtigenden Projektteile vorzunehmen. Sollte der Platz hier nicht ausreichen, ist ein gesondertes Blatt zu verwenden. Siehe gesondertes Blatt

Sofern oben erklärt wurde, dass für dieses Projekt keine Vorsteuerabzugsberechtigung bzw. eine teilweise Vorsteuerabzugsberechtigung vorliegt, erkläre ich mit meiner Unterschrift / erklären wir mit unseren Unterschriften, dass im Rahmen dieses Projektes von mir / uns die Umsatzsteuer **tatsächlich gezahlt** wird. Sollte sich zukünftig an der Vorsteuerberechtigung etwas ändern (z.B. durch Optionsmöglichkeiten) und ich / wir dadurch voll bzw. teilweise zum Vorsteuerabzug berechtigt werden, verpflichte ich mich / verpflichten wir uns, dies gegenüber der Bewilligungsstelle anzuzeigen und die Förderung, die auf die Umsatzsteuer entfallen ist, zurückzuzahlen. Zudem werde ich / werden wir alle Belege und Buchungen, die zu dem geförderten Projekt gehören, im Rahmen der Buchhaltung separat führen und ablegen.

In Bezug auf sämtliche Daten, die im Zusammenhang mit dem o. g. Projekt stehen, **entbinde ich / entbinden wir** das zuständige Finanzamt vom Steuergeheimnis nach § 30 Abs. 4 Nr. 3 AO.

Mir / Uns ist bewusst, dass

- aufgrund vorstehender Angaben eine Förderung der Umsatzsteuer mit öffentlichen Mitteln erfolgt, die voraussetzt, dass in den zur Erstattung vorzulegenden Rechnungen die enthaltene Umsatzsteuer von mir / uns tatsächlich geleistet wird;
- falsche Angaben in diesem Zusammenhang eine **subventionserhebliche Tatsache im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (Subventionsbetrug)** darstellen;
- ich / wir nach § 1 des niedersächsischen Subventionsgesetzes vom 22.06.1977 (Nds. GVBl. S.189 - VORIS 77000 02 00 00 000) i. V. m. § 3 des Subventionsgesetzes vom 29.07.1976 (BGBl. I S. 2034, 2037) in der Fassung vom 25.09.1990 (BGBl. I S. 2106) verpflichtet bin / sind, der bewilligenden Stelle Abweichungen vom Förderantrag, insbesondere Änderungen zur Vorsteuerabzugsberechtigung, anzuzeigen;
- ich / wir im Falle einer späteren Kontrolle ggf. eine aktuelle Bescheinigung über die Vorsteuerabzugsberechtigung vorzulegen habe / haben.

Ort	Datum
Name und Funktion der unterzeichnenden Personen	
Unterschriften / Stempel	